

zu 1.

Zunächst würde ich überprüfen, welche Maßnahmen konkret aus dem 2012 beschlossenen Klimaschutzpaket umgesetzt wurden oder woran die Umsetzung bisher stagnierte.

Dabei wird es wichtig sein, die beschlossenen und geplanten Maßnahmen in eine Sprache umzusetzen, die eine breite Öffentlichkeit versteht.

Ich kann nicht zusagen, dass ich als Sofortmaßnahme eine CO 2 Bilanz erstellen oder fortschreiben werde, da ich dazu erst die Personaldecke und dortige gebundenen Kapazitäten überprüfen möchte.

Gremien mit externen Akteuren zu koordinieren, also mit dem Thema verbundene Menschen an einen Tisch zu bekommen, ist sicherlich einfacher, als Budgets bei leeren Kassen zuzusagen.

Letztlich wird in jedem Verwaltungsbereich überprüft werden, welche Möglichkeiten rechtlich und wirtschaftlich machbar sind, um Klimaschutz zu realisieren.

Die Nutzung und Privilegierung von Elektrokraftfahrzeugen ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser hat auch Signalwirkung für die Hamelner Bürger.

Dazu gehört auch noch mehr Möglichkeiten im Landkreis für die Aufladung derselben zu schaffen, damit die Nutzung über den Stadtbereich ausgedehnt und für die Bevölkerung interessanter gemacht werden kann. Finanziell wird sich die Stadt bei der derzeitigen Haushaltslage nicht an einer weitergehenden Förderung beteiligen können. Es werden sich investierende Firmen finden müssen, die hier in Hameln einen Absatzmarkt entstehen lassen.

zu 2.

Ich stehe hinter der Entscheidung, das **Schulzentrum Nord** auszubauen. Der Ausbau umfasst nicht nur Neuerungen, sondern auch dringende Sanierungen, die unabhängig von den beschlossenen Weiterungen hätten vorgenommen werden müssen.

Letztlich wurde von den Bürgervertretern im Rat bereits das grundsätzliche Konzept beschlossen. Ich werde im Rahmen der näheren Planung und Durchführung der Baumaßnahme selbstverständlich auf Einsparungsmöglichkeiten achten und diese wahrnehmen.

Ich sehe eine Bündelung der **Schulträgerschaft** als sinnvoll an, soweit die Interessen der Stadt Hameln gewahrt sind.

Die **Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen** sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Gruppenzwang in der Peergroup zu Konsumgüter und Statussymbolen
- Anonymisierung der Mitmenschen; Bildgestalterische Verbesserung von Gewaltvideos fördern die Distanz zu eigenen Gewalttätigkeiten in der Realität
- Mangelnde oder falsche Wertesysteme; keine sozialhandelnden Vorbilder mehr

Ich würde folgende Maßnahmen fördern, initiieren und vermitteln wollen:

- Streitschlichtungsprogramme

vgl. Informationen zu erfolgversprechenden Programmen durch das Deutsche Forum Kriminalprävention ([www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de)).

Ich bin zwar für Innovation, aber möchte bei einem so wichtigen Ziel nicht durch experimentelle Alleingänge die Möglichkeit des Erfolges mindern. Von vornerein muss ein Programm durchgreifen, weil wir möglicherweise sonst nur eine "Therapieverdrossenheit" herstellen.

Schulmediatoren

Zusammenarbeit mit der Polizei

-Sozialkompetenzerhöhung

Rollenspiele und Vorträge

Kompetenz- und Konflikttraining

Projekt von Kindern und Jugendliche wie sie selbst die Gewaltbereitschaft reduzieren wollen, der Einsatz eines Schülerrates, der gemobbten Mitschülern eine Möglichkeit bietet, sich zu erklären ohne als "Petze" ausgestoßen zu werden und in die Isolation zu geraten; Daneben bietet eine eigene regulierende Gruppe eine größere Akzeptanz der von dieser ausgehenden Reaktionen

- Aufklärung und Alternativen zum Medienkonsum anbieten (eine Handy und PC freie Woche), damit der Mitmensch keine Sprechblase in einem Gerät wird, mit dem man nicht Mitempfinden muss.

- Ächtung der Nutzung neuer Medien zur Verbreitung von selbstgedrehten Gewaltoder Sexvideos

- Weiterbildung von Lehrer und Eltern

- Aufklärung und Aktivierung der Elternverantwortung sich für die Freizeit ihrer Kinder aktiv zu interessieren und die Nutzung der Medien altersgerecht zu gestalten

- Evaluation der durchgeführten Maßnahmen

Zusammenarbeit mit Psychologen

Fortbildungsmaßnahmen durch Experten

Zu 3.

Hameln liegt nicht nur landschaftlich reizvoll, sondern bietet auch ein gutes soziales Umfeld. Hier Wohnen und in der Umgebung arbeiten wird auf Zukunft junge Familien an unsere Stadt binden.

Die Wünsche nach Mobilität haben unter diesem Aspekt und auch gerade bei den jungen Menschen erheblich zugenommen. Ich setzte mich dafür ein, dass Hameln an den Großraumverkehr angeschlossen wird.

4.

Die Umsetzung eines "Bewegungspark" durch ehrenamtliche Unterstützung ist lobenswert. Leider habe ich keine Kenntnis, ob das Nutzungskonzept der Stadt bereits vorliegt. Wenn dieses der Fall ist, ist zu überprüfen ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung erfüllt sind und ob das Konzept sich allein und ohne zusätzliche Investitionen langfristig tragen wird.-

Ich fand die Anregung einer "Senioren Card" für Hamelner Bürger überlegenswert. Dazu sind aber Strategien der Finanzierbarkeit zu überprüfen. Ich werde Wert darauf legen, dass gerade Senioren, die nur über eine geringe Rente verfügen, die Möglichkeit erhalten an dem Sozial- und Kulturleben Hamelns teilzuhaben. Dazu soll ein Netzwerk der bestehenden sozialen Senioreneinrichtungen eingerichtet werden um die einzelnen Veranstaltungen für ältere Mitbürger übersichtlicher zu machen und aufeinander abzustimmen.

Neben der Koordination und Moderation wird die Stadt Hameln bei einer engen Haushaltslage keine Finanzmittel zur Verfügung haben, was aber eine Bürgerbeteiligung nicht ausschließt. Zuerst ist jeder Bürger über seine Ratsvertreter an den Entscheidungen beteiligt. Über diese Vertreter können und müssen Anregungen und Ideen in die Ausschüsse und zur Beschlussfindung kommen. Eine darüberhinausgehende Beteiligung sehe ich auch in dem Seniorenbeirat. Und schließlich ist eine Oberbürgermeisterin nicht so abgehoben, dass man sich nicht auch an sie wenden kann.

5.

Nicht nur rechtlich ist Hameln auf die Anforderungen einer inklusiven Gesellschaft vorzubereiten und in eine solche Gesellschaft zu überführen. Es wird Menschen ohne die entsprechende Behinderung schwerfallen, sich in die Belange und Bedürfnisse behinderter Menschen ein zu denken. Ich werde daher auf die Erfahrungen dieser Menschen zurückgreifen. Ob dieses in Form eines neu einzurichtenden Beirates geschehen soll oder durch die Organisation des für den Landkreis eingerichteten Beirates für Menschen mit Behinderung sein wird, werde ich an dieser Stelle nicht entscheiden.

6.

Grundsätzlich gehe ich bei der Mehrheit der Migranten davon aus, dass sie integrationswillig sind.

Während eine Migrationsgruppe wenige Schwierigkeiten hat, in eine Nachbarschaft mit überwiegend Deutschen zu ziehen, trifft dieses umgekehrt nur eingeschränkt zu.

Nicht hinweggeredet werden kann, dass es unter den Migranten Gruppierungen gibt, die bisher nur eingeschränkt integriert sind.

Zum einen bestehend erhebliche Sprachbarrieren. Diese müssen durch Kursangebote dringend überwunden werden. Damit einhergehen dann eine gesteigerte Bildungschance.

Ich fordere insoweit auch die Immigrationswilligen Migranten auf, eine gleichwertige dahingehende Förderung egal ob Mann oder Frau; Junge oder Mädchen in Bezug auf Sprache und Bildungsangebote anzunehmen. Diese werden bereits jetzt von verschiedenen privaten und staatlichen Stellen angeboten.

Frühestmögliche Einbindung der kindlichen Migranten führt zu einem Freundeskreis über die eigene Herkunftsgruppe hinaus und ermöglicht ein besseres gegenseitiges Verständnis.

Die Integration erfolgt somit bereits im Kindergarten.

Bei einer Akzeptanz anderer religiöser Zugehörigkeit, darf diese nicht innerhalb der Migranten zu einer Verkapselung in der eigenen Gemeinschaft führen.

Soziale Helfer aus den entsprechenden Herkunftsländern mit eigenem Migrationshintergrund müssen hinzugezogen werden. Sie werden generationsübergreifend gegenseitiges Verständnis vermitteln können.

7.

Die dargestellten sozialen Brennpunkte lassen sich nicht allein von außen entschärfen. Familienaufsuchende Sozialarbeiter; Intensive Kontrolle durch das Ordnungsamt, Schulung freiwilliger

Helfer mit eigenem Migrationshintergrund; Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins für den eigenen Stadtteil aber nicht als Ghetto sondern als neue Heimat sind mein Konzept.

Wir dürfen hier nicht in eigenem Saft schmoren, um Handlungsstrategien zu entwickeln, sondern sollten auf die bereits angelaufenen Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaften in anderen Städten zurückgreifen.

Ich fordere aber auch eine Teilhabe der Bewohner ein. Schulbesuche der Kinder und eigenen Anpassungsbemühungen z. B. durch das Erlernen unserer Sprache sind Voraussetzungen dafür, dass öffentliche Hilfen erteilt werden können.

Durch den Rückkauf von Wohnungen änderte sich die dortige Situation nicht. Dieses hat die Mehrheitsgruppe erkannt und ist scheinbar inzwischen von derartigen Plänen abgerückt.

8.

Die Vermarktung des Geländes wird zwar letztlich von der BIMA betrieben, so dass die tatsächliche Einflussnahme über die entsprechenden Bebauungspläne erfolgen kann.

Zum jetzigen Zeitpunkt befürworte ich keine Ausweisung weiterer Baugebiete. Allenfalls für eine Nutzung der Grundstücke an der Weser würde ich eine Mischnutzung Gewerbe und Wohnfläche nicht ausschließen. Eine Neuschaffung von Baugebieten sollte erst erfolgen wenn sich nicht nur ein Investor findet, sondern auch sichergestellt ist, dass es für konkret dieses Gebiet auch wohnwillige Bürger gibt.

9.

Nur eine umfassende Aufklärung kann die Bürger Hamelns zu einem Umdenken im Konsum bewegen. Dazu ist bekannt zu machen welche Produkte fair gehandelt werden, damit jeder Bürger eine Wahlmöglichkeit hat. Wie die Bürger Hamelns kann ich aber auch für die von der Verwaltung genutzten Produkte nicht immer garantieren, dass auf solche zurückgegriffen wird. Soweit dieses wirtschaftlich vertretbar ist, werde ich mich für eine Nutzung einsetzen. Ich selbst versuche auch privat, auf diese Produkte zurückzugreifen. Ich bin aber auch schon an der unzureichenden oder irreführenden Bekanntmachung mancher Hersteller gescheitert oder habe aus eigener Sparsamkeit auf günstige Produkte zurückgegriffen, von denen ich letztlich nicht mit Sicherheit sagen konnte, ob diese tatsächlich fair gehandelt wurden. So wird es nicht nur mir allein gegangen sein.